

LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND: ISRAEL
DR. LARS HÄNSEL

September 2007

www.kas.de/israel

Israel: Aktuelle politische Lage

Das Hauptthema im Nahen Osten ist aktuell das geplante Treffen, zu welchem Präsident Bush für November nach Washington einladen möchte. Bislang gibt es noch kein festes Datum, auch die Teilnehmer stehen noch nicht fest. Neben Israel und Vertretern der Palästinenser ist vor allem die Frage, welche arabischen Staaten zusagen werden. Davon wird wohl ein großer Teil des Erfolges der Konferenz abhängen. Saudi Arabien hat Interesse an einer Teilnahme bekundet, hält sich aber eine endgültige Zusage noch offen. Diese wird u. a. davon abhängig gemacht, welchen Fortschritt Israelis und Palästinenser im Vorfeld der Konferenz erzielen können. Laut Medienberichten könnte das Treffen lediglich auf Außenministerebene stattfinden, wenn keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden sollten. Klar ist jedoch, dass es keine Teilnehmer der „Achse des Bösen“ (Syrien, Iran) geben wird.

Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas haben sich in den vergangenen Wochen mehrmals getroffen, sowohl in Jerusalem, als auch in palästinensischen Gebieten. Beide Politiker teilen, dass sie innenpolitisch geschwächt sind und wohl nur durch einen Durchbruch bei den Verhandlungen überhaupt eine politische Zukunft mit ihrer jeweiligen Regierung haben. Ihre jeweilige Schwäche ist so derzeit auch eine Chance für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses.

Ehud Olmert steht nach wie vor unter Druck: gegen ihn laufen Ermittlungen in einer Reihe von Fällen wie Unregelmäßigkeiten bei privaten Immobiliengeschäften bis zu Vorwürfen von parteipolitischen Besetzungen in früheren Ministerämtern.

Außerdem wird demnächst der zweite Bericht der Winograd-Kommission vorgelegt, welche das Handeln der Regierung im vergangenen Libanonkrieg untersucht. Der erste Teil des Berichtes hatte Olmert schon im April in große Schwierigkeiten gebracht, da der Bericht von einem weitgehenden

Versagen der Regierung sprach. Generalstabschef Halutz war bereits vor Veröffentlichung zurückgetreten. Verteidigungsminister Amir Peretz hat die kurz darauf folgenden Vorwahlen in der Arbeitspartei verloren. Olmert konnte durch die Aufnahme des neuen Chefs der Arbeitspartei, Ehud Barak, seine Koalition zunächst stabilisieren. Barak hat ein Ausharren in der Koalition bis zur Veröffentlichung des zweiten Teiles des Winograd-Berichtes vereinbart. Der noch ausstehende Teil des Berichtes wird möglicherweise auch Vorschläge mit Konsequenzen für führende Regierungsmitglieder, darunter Ehud Olmert enthalten. Bislang ist das Datum der Veröffentlichung nicht bekannt, steht aber in absehbarer Zeit bevor.

Derweil versucht Ehud Olmert, die Position der israelischen Regierungen seit dem Scheitern von Camp David im Jahr 2000 – nämlich, dass es keinen Partner auf palästinensischer Seite gebe – zu revidieren. Seit dem Auseinanderbrechen der Einheitsregierung nach der brutalen Machtübernahme der radikalislamischen Hamas und dem kaum vorhandenen bzw. völlig gescheiterten Widerstand der Fatah im Gazastreifen im Juni erkennt Olmert in Abbas einen Partner, den er stärken möchte. Im Kabinett sitzt nun allerdings als Verteidigungsminister Ehud Barak – der Schöpfer der Vorstellung, dass es keinen Partner gebe. Bislang hält sich Barak sehr zurück mit öffentlichen Meinungsäußerungen. Allerdings lässt er klar erkennen, dass die Sicherheit Israels ohne Kompromisse im Vordergrund steht. Für Olmert stellt er insofern eine Gefahr da, als er aus der Koalition ausbrechen und vorgezogene Neuwahlen provozieren könnte. In so einem Fall hätte zwar Likud-Führer Benjamin Netanyahu nach aktuellen Umfragen immer noch klare Mehrheiten, auch wenn nach dem schwächer als gehofften Abschneiden von Netanyahu bei internen Likud-Vorwahlen im August die Hoffnung abgenommen hat, die Kadima-Regierung zu Neuwahlen drängen zu können. Ehud Barak holt beständig auf und könnte in absehbarer Zeit die Situation für gekommen halten, sich Wahlen zu stel-

len. Kadima hätte derzeit keine Chance, Regierungspartei zu bleiben.

Die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen hat eine Trennung zwischen Westjordanland und Gaza mit sich gebracht, welche in nächster Zeit kaum zu überwinden sein dürfte. Dass im Westjordanland die Hamas Abbas derzeit wohl nicht ernsthaft gefährden kann, liegt vor allem auch an den israelischen Sicherheitskräften, welche dort gegen radikale Kräfte vorgehen. Die Übergangsregierung unter Salam Fayyad hat sich zwar die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Hauptaufgabe gemacht, hat aber erst jüngst wieder öffentlich zugeben müssen, dass dies von ihr nicht garantiert werden kann. Die Zusammenarbeit und Koordination zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften auf höchster Ebene wurde erst in den letzten Tagen wieder verstärkt.

Die öffentlich angekündigten Gespräche zwischen Olmert und Abbas wecken einerseits große Erwartungen. Die Verhandlungen werden offenbar mit großer Ernsthaftigkeit geführt und dem Willen, ein konkretes Ziel zu erreichen: nämlich die Formulierung von Rahmenbedingungen für ein zukünftiges Abkommen. Noch bis Juni hatte sich Olmert immer wieder geweigert, mit Palästinensern über einen „politischen Horizont“ zu verhandeln. Nun gehen die Gespräche sogar darüber hinaus, insoweit auch Elemente einer zukünftigen Einigung diskutiert werden. Die Strategie ist nach dem sog. „Olmert-Peres-Plan“, sich auf den territorialen Aspekt des Konfliktes zu konzentrieren und das Thema Flüchtlinge und die Jerusalem-Frage zunächst nicht in den Vordergrund zu stellen.

Es ist zu erwarten, dass die Gespräche erfolgreich sein werden und die von Bush angekündigte Konferenz substantiell vorbereiten.

In Bezug auf die Hamas verfolgt Palästinenserpräsident Abbas öffentlich eine klare Linie: Kontakte mit der Hamas werden gemieden, neue Verhandlungen oder ein Dialog etwa zu einem neuen Versuch einer Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss von Hamas werden abgelehnt – auch wenn es inoffiziell Gespräche darüber gibt. Auch in die Vorbereitungen zur Konferenz in Washington wird Hamas nicht einbezogen. Immer noch gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Fatah und Hamas im Gazastreifen.

Abbas hofft offenbar, dass er mit einem positiven Ergebnis aus Washington zurückkommen und dann die palästinensische Öffentlichkeit in einem Referendum hinter sich bringen kann – ohne der Hamas Zugeständnisse machen zu müssen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist mehr als fraglich: in Umfragen gibt es zwar regelmäßig auf palästinensischer Seite Mehrheiten für eine grundsätzliche Aussöhnung mit Israel, aber auch Mehrheiten gegen Kompromisse in den drei Hauptproblemen: Landtausch auf der Grundlage der Grenzen von 1967, Teilung von Jerusalem und Entschädigung der Flüchtlinge von 1948 anstelle eines prinzipiellen Rechtes, auf israelisches Staatsgebiet zurückkehren zu dürfen. Abbas wird nach einer Einigung mit der israelischen Seite wohl auch zunehmend unter Druck geraten, eine Lösung für das gesamte palästinensische Volk zu suchen und die Macht der PA auch im Gazastreifen durchzusetzen. Nicht zu unterschätzen ist auch das Störpotential der Hamas für jegliche Umsetzung einer Einigung.

Auch Neuwahlen wären ein heikles Spiel: Hamas und Fatah liegen in Umfragen synchron ungefähr gleichauf, wobei anachron die Hamas an Unterstützung verliert, die Fatah jedoch nicht hinzugewinnt.

Auf israelischer Seite ist die Öffentlichkeit zwar nach wie vor für eine weitgehende Räumung des Westjordanlandes, glaubt allerdings nicht daran, dass dies in absehbarer Zeit realisierbar ist.

Die Frage ist also im Moment weniger, ob es eine Einigung zwischen Premierminister Olmert und Palästinenserpräsident Abbas geben wird – daran sind beide ernsthaft interessiert – und ob dies dann zu einer Voraussetzung für eine erfolgreiche Konferenz in Washington führt, wovon auszugehen ist. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob diese Einigung dann auch umgesetzt werden kann. Die öffentliche Meinung stellt dabei nach aktuellen Umfragen für beide Politiker eine größere Herausforderung bei der Umsetzung einer Einigung dar, als dies etwa in der Zeit von Camp David für die damaligen Politiker Ehud Barak und Jassir Arafat der Fall gewesen war.

Während unter Palästinensern die Hauptsorge ist, dass vorläufige Regelungen und temporäre Vereinbarungen zu einem permanenten Zustand werden, ist die Sorge vieler Israelis, dass Endstatus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

vereinbarungen wieder zu vorläufigen Ausgangspunkten für weitere Forderungen werden.

LAND: ISRAEL

DR. LARS HÄNSEL

September 2007

www.kas.de/israel

Die bisher als einzige denkbare Lösung angestrebte Zwei-Staaten-Lösung gerät zudem zunehmend in Gefahr. Die Bedingungen zur Schaffung eines palästinensischen Staates werden zunehmend schwieriger, nicht zuletzt aus innerpalästinensischen Gründen. Schon unterstützen in aktuellen Umfragen nur noch knapp die Hälfte der Palästinenser die Weiterführung der Palästinensischen Autonomiebehörde, ein Viertel unterstützt ein internationales Trusteeship, 16% unterstützen gar die Rückkehr zur israelischen Besatzung.

Auf politischer Ebene werden sowohl in Israel als auch unter Palästinensern alle alternativen Vorstellungen im Moment offiziell beiseite geschoben. Dennoch gibt es zunehmend Überlegungen, was auf das Scheitern einer Zwei-Staaten-Lösung folgen könnte. Palästinensische Intellektuelle verfolgen z.B. das Modell eines einzigen, bi-nationalen Staates zwischen Jordan und Mittelmeer. Dies würde das Ende des jüdischen Staates bedeuten. Sowohl in Jordanien, als auch unter Palästinensern und Israelis wird auch die Idee einer Konföderation mit Jordanien reflektiert – entweder vor einer Gründung (dies unterstützen immerhin ein Viertel der Palästinenser in aktuellen Umfragen) oder nach einer Gründung eines palästinensischen Staates. Dafür gibt es derzeit keine entscheidenden Mehrheiten, wenn auch diese Idee an Dynamik gewinnt. Die geplante Konferenz in Washington ist eine Gelegenheit, die Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen, wenn nicht überhaupt zu retten.

Dr. Lars Hänsel

Jerusalem, 31. August 2007